

Wim van Meurs / Dietmar Müller (Hgg.): Institutionen und Kultur in Südosteuropa (=Südosteuropa-Jahrbuch Band 39). München/Berlin/Washington, D.C. 2014, 291 Seiten

Michael Portmann, Institute for Modern and Contemporary Historical Research, Austrian Academy of Sciences, Strohgasse 45, 1030 Wien; michael.portmann@oeaw.ac.at

Der hier zu besprechende Band versammelt nebst einer Einleitung insgesamt neun Beiträge. Die in „Forschungsansätze“ und „Fallstudien“ unterteilten Artikel sind ausgewählte und überarbeitete Referate, die auf der 49. Tutzinger Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft im Jahr 2010 präsentiert wurden. Die beiden Herausgeber *Wim van Meurs* und *Dietmar Müller* plädieren in der konzisen Einführung (S. 7-17) für eine thematisch *und* methodisch ausgerichtete „kulturgeschichtliche Erweiterung der Institutionenforschung in der Geschichte Südosteuropas“ (S. 10). Auch nach der „Wende“ konnte sich die Historiographie in (und teilweise auch zu) den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas nur punktuell von der „national-emanzipatorisch“ geleiteten Quellenverliebtheit und dem vergleichsweise starken Einfluss von Politik und Ideologie auf die Geschichtsschreibung lösen. *Wim van Meurs* stellt denn in seinem Beitrag („Vergleich und Verflechtung als Forschungsansatz: Für, gegen oder mit Südosteuropa“, S. 19-39) auch fest, dass die „Rückkehr zur klassischen politischen Nationalgeschichte der vorkommunistischen Zeit – positivistisch, theoriefern, fokussiert auf politische und militärische Schlüsselereignisse – die vorherrschende Richtung“ gewesen sei (S. 29-30). Transnationale Forschungsfragen hingegen, die mit innovativem methodischen und theoretischen Rüstzeug angepackt werden, bilden bis heute eher die Ausnahme als die Regel. Die Verbindung der beiden Ansätze „Vergleich“ und „Verflechtung“ („*histoire croisée*“, „*entangled history*“) habe sich aber in der historiographischen Praxis als fruchtbar erwiesen (S. 13). Dieser Befund gilt im Speziellen auch für Südosteuropa, wo bekanntlich osmanisches, habsburgisches und russisches imperiales Erbe sowie später verschiedene nationalstaatliche Ambitionen aufeinandertreffen (S. 38).

Unter dieser Vorgabe werden im Konferenzband Aspekte der Institutionengeschichte Südosteuropas beleuchtet. Tatsächlich stellt die vergleichende Institutionengeschichte in diesem und über diesen Raum ein bisher viel zu wenig beachtetes, dafür aber ein umso reizvolleres Forschungsfeld dar. Wie *Sabine Rutar* in ihrem wichtigen Beitrag („Das südosteuropäische Europa in der europäischen Geschichtsschreibung“, S. 99-118) betont, sind Institutionen „Schlüsselkonzepte gesellschaftlicher Ordnung“ (S. 100), die durch die sie

„bedienenden“ Menschen zur ganz konkreten Ausformung von Macht und Herrschaft werden. Tatsächlich trägt eine akteurszentrierte Herangehensweise wesentlich zur Versachlichung, Objektivierung und „Ent-Emotionalisierung“ der Historiographie bei: Nicht mehr ominöse „Kollektividentitäten“ wie Nationen, Religionen und Klassen fungieren als zentrale Analysekatoren, sondern konkrete Menschen, deren Handlungsspielräume, Vernetzungen, Interessen und Motivationen (im Idealfall in vergleichender und verflechtender Perspektive) ausgelotet, analysiert und bewertet werden. Eng verbunden mit den Institutionen ist das Konzept der „Politischen Kultur“, das im Beitrag von *Arnd Bauerkämper* theoriegeschichtlich und bedauerlicherweise mit nur wenig Bezug zu Südosteuropa – der Leser muss sich mit knappen Hinweisen auf die diesbezüglich grundlegenden Arbeiten von Wolfgang Höpken, Holm Sundhaussen und Maria Todorova begnügen (S. 45) – vorgestellt wird („Politische Kultur. Überlegungen zur Erneuerung eines Konzepts in transnationaler Perspektive“, S. 41-67). Bauerkämper vertritt die Ansicht, dass das Konzept der „Politischen Kultur“ nicht aufgegeben, sondern erheblich modifiziert werden sollte (S. 45). *Diana Mishkova* beleuchtet in diesem Sinne den „Transfer politischer Ideen und Institutionen“ aus einer südosteuropäischen Perspektive (S. 69-97). Wichtige Erkenntnisse und zutreffende Analysen in ihrem Text werden bisweilen von gar seltsam anmutenden Aussagen überlagert: So ist die Entstehung von Nationalstaaten auf dem Balkan nicht dem „(nationalen) Liberalismus“ zu verdanken (S. 83), sondern zunächst einmal der europäischen Großmächtepolitik. Und das nicht nur im Vergleich schlechte Abschneiden des Funktionierens von Institutionen in Südosteuropa als originelle und kreative „Antworten des Balkans auf den Transfer der Modernität“ (S. 97) zu bezeichnen ändert nichts an der Tatsache, dass dortige Willkür und Korruption staatlicher Behörden das Leben der Menschen in aller Regel wohl nicht einfacher gemacht haben und machen.

Die fünf Fallstudien wenden sich ganz unterschiedlichen Themenbereichen zu: *Dietmar Müller* geht in seinem ausgezeichneten Beitrag („Die Institutionalisierung von Eigentumsformen in Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert. Für eine Kulturgeschichte des Rechts“, S. 119-162) von der Prämisse aus, dass das „Eigentum an Grund und Boden (...) in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht zu einer der zentralen Institutionen der Länder des östlichen Europas (gehört).“ (S. 124-125) Rechtsgeschichte in und zu Südosteuropa ist oft gleichzeitig Transfergeschichte, da in diesem Bereich staatlichen Handelns wohl intensivsten importiert und nachgeahmt wurde: im 19. Jahrhundert mehrheitlich aus dem „Westen“, im Sozialismus des 20. Jahrhunderts dann aus dem „Osten“. Dieser Transfer von Rechtssystemen soll – so die berechtigte Forderung von Müller – jenseits nominalistischer und

essentialistischer Betrachtung als komplexer Prozess verstanden und analysiert werden (S. 120). *Constantin Iordachi* („Staatsbürgerschaft in Südosteuropa in der spätoomanischen und nachomanischen Zeit. Staatsbildung, ausländische Vorbilder und rechtlich-politische Transfers“, S. 163-210) hält eingangs völlig zu Recht fest, dass „nationale Gemeinschaften nicht nur kulturelle Konstruktionen, sondern auch juristisch-institutionelle Konstrukte“ sind (S. 163). Ausgangspunkt für seine gleichermaßen innovative wie informative Studie ist die These, dass die Entstehung der Nationalstaaten in Südosteuropa mit der „Kategorie Staatsbürgerschaft“ (Charles Tilly) als neue Art der Ab- und Ausgrenzung von Individuen verknüpft werden soll (S. 167). Iordachi analysiert zunächst die Evolution moderner politischer Rechtssysteme – namentlich die Einführung von importierten Gesetzbüchern und Verfassungen (S. 170-183) –, bevor er auf die Entwicklung nationalstaatlicher Staatsbürgerschaften (Rumänien, Serbien, Bulgarien) unter Berücksichtigung des wichtigen osmanischen Kontextes eingeht (S. 185). Wenn sich staatliches Handeln bis weit ins 19. Jahrhundert auf die drei Kernbereiche Militär, Steuern und (zentralisierte) Verwaltung sowie die Auslegung von Religions- und Rechtsvorschriften beschränkte, versteht sich der moderne Staat europäischer Ausprägung explizit auch als Interventionsstaat. Daher ist es durchaus begrüßenswert, wenn im Beitrag von *Jovica Luković* die Sozialpolitik im Allgemeinen bzw. die Sozialversicherung im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit im Speziellen thematisiert werden („Der ferne Staat. Transfer als Institutionalisierungsvehikel der Sozialversicherung in Jugoslawien, 1919-1941“, S. 211-240). Einleitend bettet Luković die Fragestellung in den verfassungsrechtlichen sowie internationalen Kontext ein. Im Zentrum ihrer auf zeitgenössische Dokumente – in erster Linie Gesetzestexte – gestützten Analyse stehen die Aktivitäten (und dessen Grenzen) des im Jahre 1923 geschaffenen „Zentralen Büros für Arbeiterversicherung“ (SUZOR). Die „allgemeine institutionelle Ineffizienz“ (S. 239) im königlichen Jugoslawien erstreckte sich wenig überraschend auch auf die Sozialversicherung. Dennoch waren deren Leistungen flächendeckend und kontinuierlich verfügbar (S. 239), weshalb Luković anders als ihr Kollege Ljubomir Petrović auch nicht von einem „Misserfolg“ der Sozialpolitik sprechen will.¹ Ebenfalls mit den Anfängen des modernen Interventionsstaates (S. 238) beschäftigt sich *Heike Karge* („Psychiatrischer Institutionenaufbau und sozialmedizinische Dienste in Kroatien-Slawonien und Serbien um 1900“, S. 241-266). Der lesenswerte und wissenschaftlich äußerst fundierte Beitrag fragt nach der Rolle ebendieses Staates bei der Institutionalisierung der Psychiatrie sowie unter Anwendung einer transfergeschichtliche Perspektive nach Spezifika

¹ Ljubomir Petrović, *Socijalna politika u Kraljevini Jugoslavije. Bilans jednog neuspjeha*. In: *Istorija 20. veka 2* (2001), S. 119-132.

des jugoslawischen (bzw. zunächst kroatischen und serbischen) Weges in die psychiatrische Moderne (S. 243). Ausgehend vom „schwach entwickelten Forschungsstand“ zu Südosteuropa (S. 265) gelangt Karge zum Befund einer – zumal während der beiden Weltkriegen – politisch und „sozial angepassten Wissenschaft“ (S. 266), wobei dies angeblich im ähnlichen Masse auch auf Westeuropa zutrifft. Abgeschlossen wird der Band mit einem Beitrag von *Tina Olteanu* („Der korrupte Staat? Rumänien im europäischen Vergleich“, 267-289). Sie definiert Korruption im weitesten Sinne als „Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil“ (S. 268). Da sich das tatsächliche Ausmaß von Korruption – jenseits ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkungen – aufgrund des „heimlichen“ Charakters ebendieser höchstens erahnen lässt, wird im wissenschaftlichen und medialen Diskurs oft auf die Wahrnehmung von Korruption zurückgegriffen. Rumänien steht diesbezüglich bis heute auch im europäischen Vergleich schlecht da, dürfte aber dennoch dank erstarkenden Institutionen einen „Lichtblick im Osten“ darstellen, wie dies der Wiener Südosteuropahistoriker Oliver Jens Schmitt vor kurzem in einem lesenswerten Beitrag in der „Neuen Zürcher Zeitung“ ausgeführt hat.²

Im engen Zusammenhang mit Korruption steht die Generalfrage des Bandes: nämlich jene nach dem Erfolg, d.h. dem Funktionieren staatlicher Institutionen sowohl im (europäischen) Vergleich als auch „absolut“ betrachtet. Eine reine „Defizitgeschichte Südosteuropas“ (S. 289) schreiben zu wollen wäre genauso verfehlt wie übertriebener Kulturrelativismus an den Tag zu legen. Die Modernisierungsbemühungen standen und stehen auch in Südosteuropa stets im Spannungsfeld von „Struktur und Kultur“ – ob hier die „Staatsferne als Kernstück des osmanischen Erbes“ tatsächlich eine so bedeutende Rolle spielt wie vom bereits zitierten Oliver Jens Schmitt ausgeführt³, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Zu hoffen bleibt, dass der historiografische Vergleich von Institutionen im Sinne angewandter Wissenschaft auch dazu dient, staatliche Strukturen überall auf dieser Welt gerechter und effizienter zu gestalten.

² Oliver Jens Schmitt, Lichtblick im Osten. Rumäniens aufblühende Bürgergesellschaft. In: Neue Zürcher Zeitung vom 26. November 2015.

³ Oliver Jens Schmitt, Debakel einer Grossmacht. Der Balkan unter osmanischer Herrschaft. In: Neue Zürcher Zeitung vom 4. Juli 2015.